

Auswertung KA Dialogforum Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe

Kritiker der Jugendhilfereform vom Beteiligungsverfahren der Bundesregierung ausgesperrt

Seit zwei Jahren ist eine Reform des Kinder- und Jugendhilfegesetz geplant. Ein aktuelles und hochumstrittenes Gesetzesvorhaben wurde im Juni 2017 im Bundestag verabschiedet, wird aber wegen unklarer Mehrheitsverhältnisse derzeit im Bundesrat nicht abschließend beraten. Das so genannte Kinder- und Jugendstärkungsgesetz wurde dabei auf den letzten Metern im parlamentarischen Verfahren entschärft. Bereits während der Erarbeitung des Gesetzentwurfes haben zahlreiche Akteure der Kinder- und Jugendhilfe ein intransparentes Verfahren bemängelt und vor massiven Leistungskürzungen gewarnt.

Auf Grund des großen Protestes innerhalb der Fachszene, Verbänden und Sozialarbeitern richtete die damalige Familienministerin Manuela Schwesig ein Dialogforum zur Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe ein. Mit der Umsetzung wurde der Deutsche Verein beauftragt, einen Dialog mit der Fachwelt zu strittigen Vorhaben zu organisieren. Das Dialogforum wurde im Dezember 2017 beendet, die Ergebnisse sollen der neuen Bundesregierung als Grundlage für die weitere Reformdebatte dienen.

Eine Kleine Anfrage der LINKEN im Deutschen Bundestag brachte nun Widersprüche ans Tageslicht: Auf Nachfrage welche Akteure der Kinder- und Jugendhilfe von den Veranstaltungen des Dialogforums ausgeschlossen waren, antwortet die Bundesregierung, „von den Veranstaltungen wurde niemand ausgeschlossen“, jede „Organisation, die Interesse an einer Mitarbeit bekundet hat“, sei eine „Mitarbeit im Dialogforum ermöglicht“ worden. (Frage 4) Nur dies entspricht nicht der Wahrheit: Mindestens eine Organisation erbat mehrmals Informationen zu den Veranstaltungen mit der Bitte um Teilnahmemöglichkeiten. Mitwirken wollte der Deutsche Berufsverband für soziale Arbeit e.V. (DBSH), mit ca. 6.000 Mitgliedern einer der größten in Deutschland existierenden Berufsverbände für die Soziale Arbeit und Vertretung der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen. So schrieb er am 17. Mai 2017 mehrere Wochen nach Start der Veranstaltungen an die Organisatoren des Dialogforums: „Wir sind erstaunt, dass wir [...] nicht gehört wurden und bitten um entsprechende Berücksichtigung des DBSH als Vertretung der Profession der Sozialen Arbeit in den weiteren Planungen.“ Die Mail blieb unbeantwortet. Pikant: Der DBSH zählt mit zu den schärfsten Kritikern der Reform und ist hierzu in zahlreichen Bündnissen aktiv. Nach Aussagen des DBSH soll es auch bei anderen Verbänden Schwierigkeiten gegeben haben.

Zu den strittigen Vorhaben gehörten unter anderem die Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung und hier insbesondere das Hilfeplanverfahren sowie die Sozialraumorientierung. Ursprünglich plante die Bundesregierung eine Streichung des Rechtsanspruches auf Hilfen zur Erziehung, womit ca. 1. Mio. Familien in Krisensituationen um ihre Unterstützung hätten bangen müssen. Die Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe ist Gegenstand der Koalitionsverhandlungen.

O-Ton Norbert Müller, kinder- und jugendpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE:

„Wir brauchen unbedingt einen Neustart des Reformprozesses mit einem transparenten Beteiligungsverfahren für die Fachwelt und Betroffenen. Dabei müssen die bestehenden Defizite in der Kinder- und Jugendhilfe auf den Tisch und auf dieser Basis Verbesserungen für Familien, Kinder und Beschäftigte erreicht werden, einen sozialen Kahlschlag darf es nicht geben. Ich erwarte hierzu klare Aussagen im Koalitionsvertrag.“

O-Ton Michael Leinenbach, Vorsitzender des DBSH:

„Das bisherige SGB VIII - Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) - verfügt nach Ansicht des DBSH bereits über eine weitreichende inklusive Ausrichtung. Um diese zu stärken und die Kinder- und Jugendhilfe unter einem Dach zusammenzuführen, bedarf es keine grundsätzliche Debatte, sondern eine Auflösung der bisherigen unterschiedlichen Zuständigkeiten der Kostenträger hin zu einer Zuständigkeit unter dem Dach der Jugendämter. Die bisherigen Errungenschaften der Kinder- und Jugendhilfe müssen dabei gewahrt und eine entsprechende Finanzierung gesichert werden. Betrachten wir den rückliegenden Verlauf des sogenannten Novellierungsversuches, so stellt der DBSH fest, dass aufgrund der in den unterschiedlichsten Entwürfen erkennbaren Sparmaßnahmen, eine neoliberale politische Ausrichtung auch in der Kinder- und Jugendhilfe vorgenommen werden sollte. Eine solche Haltung ist für den DBSH nicht hinnehmbar und wir werden, sollten weitere Versuche erfolgen, im Rahmen des uns möglichen weiterhin Widerstand leisten.“